

# Wissenschaft und Politik in der DDR

## Die Gründung einer wissenschaftlichen Gesellschaft und die von der Politik auferlegten Restriktionen

(vorgetragen in der Plenarsitzung am 18. Juni 2010)

GERD LÜER

### 1. Einleitung

Im Jahre 1980 fand in Leipzig auf Einladung der *Gesellschaft für Psychologie in der DDR* der XXII. Internationale Kongress für Psychologie statt. Zu dieser wissenschaftlichen Großveranstaltung kamen nahezu 4000 Teilnehmer aus aller Welt in die DDR. Niemals zuvor hatte es in der DDR einen so großen wissenschaftlichen Kongress gegeben. An der wissenschaftshistorischen Rekonstruktion jenes Leipziger Kongresses arbeiten Wolfgang Schönplflug, Freie Universität Berlin, und ich seit 2006. Eine Darstellung unseres Gesamtprojektes wird in Buchform erscheinen.<sup>1</sup>

Für unser Projekt werten wir Materialien aus Archiven aus dem Inland und dem Ausland aus. Die so erhobenen dokumentengestützten Fakten haben wir im Nachhinein zusätzlich in Interviews mit Zeitzeugen diskutiert und bewerten lassen.

Der Leipziger Kongress 1980 ist eng verbunden mit der Gründung der ostdeutschen *Gesellschaft für Psychologie in der DDR*. Sie trat damals offiziell als einladende Institution auf. Diese wissenschaftliche Gesellschaft war in ihrer Eigenständigkeit durch die Politik stark eingeschränkt, weil sie in ein doppeltes Geflecht von staatlichen und parteipolitischen Institutionen eingebunden war. Dass es den DDR-Psychologen dennoch gelang, entgegen dem erklärten Ziel parteipolitischer Vorstellungen den Leipziger Kongress weitgehend ideologiefrei zu halten, ist einem sich im Laufe der Kongressvorbereitung Platz greifenden Pragmatismus geschuldet, den Staat und Politik

---

<sup>1</sup> Schönplflug, Wolfgang & Lier, Gerd. (2011). Wissenschaft zwischen Ideologie und Pragmatismus. – Der XXII. Internationaler Kongress für Psychologie 1980 im Parteistaat der DDR. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

in der DDR zulassen mussten, um ein Scheitern des wissenschaftlichen Großereignisses zu verhindern. Darüber wird Wolfgang Schönplug in seinem nachfolgenden Beitrag sprechen.

## 2. Gründung der Gesellschaft für Psychologie in der DDR

Bis zum Ende der 1950er Jahre waren viele wissenschaftlich arbeitende Psychologen aus der DDR noch Mitglied in der deutschsprachigen *Deutschen Gesellschaft für Psychologie*, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat. Sie besuchten auch noch die dort stattfindenden Kongresse. Eine eigene wissenschaftliche Gesellschaft für Psychologie gab es damals in der DDR noch nicht.

### 2.1 Motive für die Gründung einer eigenständigen DDR-Gesellschaft für Psychologie

Erst mit Beginn der 1960er Jahre wurde der politische Druck in der DDR größer, eine vollständige Abtrennung von der bundesrepublikanischen Psychologie und ihren Wissenschaftlern herbeizuführen. Dafür gab es mehrere Gründe. Im Jahre 1959 wurde ein beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen bestehender Wissenschaftlicher Beirat für Psychologie personell neu besetzt. Die neuen Beiratsmitglieder hatten in der Mehrzahl ihre akademische Ausbildung schon an DDR-Universitäten erhalten. Dieser Beirat sollte einerseits eine Studienreform vorbereiten, zum anderen aber auch dazu beitragen, die so genannte bürgerliche Psychologie zugunsten einer marxistisch-leninistisch ausgerichteten Psychologie nach sowjetischem Vorbild zu überwinden. Dazu wurden DDR-Kolloquien veranstaltet, in denen so genannte Meinungsstreite ausgetragen wurden. Diese Kontroversen richteten sich sowohl gegen eine bürgerliche Psychologie als auch gegen deren Vertreter. Zusammen mit einem Generationswechsel bei den Hochschullehrern sollte damit der Lehre und der Forschung in der DDR-Psychologie eine neue Richtung gegeben werden.

Zusätzlich kam am 13. August 1961 der Mauerbau hinzu, der die schon vorher nicht gern gesehenen Kontakte zu westlichen Wissenschaftlern weitgehend unterband. Diese erzwungenen Einschränkungen wurden von DDR-Wissenschaftlern als besonders einschneidend empfunden, weil sich die stürmische Entwicklung der Psychologie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vornehmlich in westlichen Ländern vollzog. Um ein gänzliches Zurückbleiben im wissenschaftlichen Fortschritt zu verhindern, wurde die Gründung einer eigenen wissenschaftlichen Gesellschaft geplant,

die als staatlich legitimierte Vereinigung ihrerseits internationale Kontakte anbahnen sollte, um einer Isolierung der DDR-Psychologie vorzubeugen.

## 2.2 Vorbereitungen zur Gründung einer Wissenschaftlichen Gesellschaft für Psychologie in der DDR

Erste Schritte zur Gründung einer DDR-Gesellschaft für Psychologie erfolgten am 13. Oktober 1961, exakt zwei Monate nach dem Mauerbau in Berlin. Der Wissenschaftliche Beirat für Psychologie beschloß die Einrichtung einer Initiativkommission, die einen Antrag zur Genehmigung der Gründung einer wissenschaftlichen Gesellschaft für Psychologie in der DDR zusammen mit einem Statut ausarbeiten sollte. Schon einen Monat später legte die Initiativkommission einen Satzungsentwurf vor und reichte ihn zusammen mit dem Antrag auf Genehmigung der Gründung einer Wissenschaftlichen Gesellschaft beim zuständigen Staatssekretariat für das Hoch- und Fachhochschulwesen ein. Nach erfolgter staatlicher Genehmigung im Jahre 1962 wurde die *Gesellschaft für Psychologie in der Deutschen Demokratischen Republik* offiziell gegründet.<sup>2</sup>

## 2.3 Gründung der Gesellschaft für Psychologie in der DDR

In der Gründungsversammlung im Jahre 1962 wurde ein zu beschließender Statutenentwurf vorgelegt, der von der ursprünglich 1961 beim Staatssekretariat eingereichten Fassung im „Paragraph 2 Aufgaben“ bemerkenswert abwich. Während in der Entwurfsfassung von 1961 der entsprechende Paragraph 2 nach fachlichen Gesichtspunkten formuliert worden und auch ideologiefrei gehalten war, traf das für die von politischer Seite genehmigte 1962-Fassung des Statuts nicht mehr zu. Diese enthielt Sätze wie:

§ 2. Die Gesellschaft stellt sich das Ziel, verantwortlich an der Erfüllung der gesellschaftlichen und staatlichen Aufgaben in der DDR, insbesondere bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Volksbildung, mitzuwirken und damit dem Frieden und dem Aufbau des Sozialismus in der DDR zu dienen. Sie trägt dazu bei, die Psychologie auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus weiterzuentwickeln, und fördert den wissenschaftlichen Meinungsstreit.

Sie tritt unwissenschaftlichen Auffassungen entgegen und sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der Auseinandersetzung mit antihumanistischen und imperialistischen Theorien. Hierbei unterstützt sie besonders alle Wissenschaftler Westdeutschlands, die im Sinne des Humanismus, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts wirken.

<sup>2</sup> Mitteilung über die Konstituierung der *Gesellschaft für Psychologie in der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme und Ergebnisse der Psychologie* 1963, Heft 8, S.96

Sie strebt die Mitgliedschaft in der „Internationalen Vereinigung der wissenschaftlichen Psychologen“ an.; [...]“.<sup>3</sup>

Die Ideologisierung des Textes im Gründungsstatuts wird dem Diktat der Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der SED zugeschrieben, die als politische Instanz ihre Zustimmung zur Satzung und auch zur Gründung der *Gesellschaft für Psychologie in der DDR* geben musste.

#### 2.4 Einbindung der Gesellschaft für Psychologie in der DDR in eine doppelte Hierarchie von staatlichen und politischen Institutionen

Zunächst ist darzustellen, wie durch Staat und Politik mit einer institutionellen Doppelstruktur wissenschaftliche Gesellschaften und die durch sie vertretenen Wissenschaftsdisziplinen in der DDR kontrolliert wurden.

Die politische Macht und Kontrolle über Institutionen wurde in der DDR von der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)* ausgeübt. Als oberstes Organ der Partei gab es den Parteitag, der in Abständen von fünf Jahren zusammentrat. Er wählte ein Zentralkomitee (ZK), das seinerseits als zentrale Führungsgremien ein Politbüro sowie ein Sekretariat des Zentralkomitees wählte. Das Sekretariat des Zentralkomitees hatte mehrere Mitglieder, die unter Leitung eines Generalsekretärs tätig waren.<sup>4</sup> Das für die Wissenschaften zuständige Sekretariat „Wissenschaft und Kultur“ gliederte sich wiederum noch in mehrere Abteilungen. Eine dieser Untergliederungen nannte sich „Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED“. Auch diese war noch nach weiteren Sektoren unterteilt. Obwohl im Statut der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Psychologie personell nicht vorgesehen, begleitete ab 1964 ein von dieser „Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED“ eingesetzter ständiger Beauftragter als Parteisekretär die Arbeit der *Gesellschaft für Psychologie der DDR*. Er nahm grundsätzlich an allen Vorstandssitzungen teil.

Die sozialistische Partei SED als führende Kraft der DDR bediente sich zweier Gruppen von Institutionen, um ihren politischen Einfluss zu gewährleisten. Der einen Gruppe oblagen die Aufgaben, die mit der politisch-ideologischen Führung verbunden waren. Die andere Gruppe von Institutionen hatte die operative Umsetzung von Parteibeschlüssen zur Aufgabe.

<sup>3</sup> Zitiert nach Strocka, Cordula (2001). Die Gesellschaft für Psychologie der DDR im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichem Anspruch und politisch-ideologischer Ausrichtung. Eine Analyse der Kongresse 1964–72. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie. (Unveröffentlichte Diplomarbeit). S. 35.

<sup>4</sup> Fricke, K. W. (Hrsg.). (1982). Programm und Statut der SED vom 22. Mai 1976. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Die politisch-ideologische Führung der *Gesellschaft für Psychologie der DDR* lag von 1970 bis 1977 bei der Akademie der Wissenschaften. Diese war im Jahre 1970 nach sowjetischem Vorbild grundlegend umgestaltet worden. Bis 1972 führte sie noch den Namen „Deutsche Akademie der Wissenschaften“ (DAW). Die Akademie blieb zwar auch nach ihrer Umgestaltung, was bereits ihre Vorgängerin seit 1700 gewesen war: eine Gelehrten-gesellschaft, die sich durch Zuwahlen von Mitgliedern ergänzte und nach Klassen getrennt verhandelte. Zusätzlich erhielt die Akademie der Wissenschaften jedoch auch noch die Zuständigkeit für Wissenschaftliche Gesellschaften und Vereinigungen. Dazu unterstand dem Vizepräsidenten der Akademie ein Büro für Wissenschaftliche Gesellschaften. Die *Gesellschaft für Psychologie der DDR* war bei diesem Büro akkreditiert.<sup>5</sup> Mit Beschluss des Ministerrates vom 7. Mai 1969<sup>6</sup> hatte die Akademie die Weisungsbefugnis über die *Gesellschaft für Psychologie der DDR* erhalten, die sie allerdings 1977 wieder verlor.

Auf Betreiben der Psychologen in der DDR wurden die Verantwortlichkeiten durch Ministerratsbeschluss verlagert: Ab 1977 übernahm das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen die Verantwortung und die Weisungsbefugnis für die Wissenschaftliche Gesellschaft der Psychologie.<sup>7</sup> Die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED behielt aber wie vorher auch schon die oberste politisch-ideologische Führung. Gründe für diese Verlagerung von der Akademie zum Ministerium waren nicht nur eine als besonders schwerfällig erlebte Bürokratie von Seiten der Akademie, sondern dazu auch noch das Ausbleiben erhoffter Geldmittel von dieser vorgesetzten Stelle. Was die verantwortlichen Psychologen allerdings für noch bedenklicher hielten, war die Tatsache, dass sich der Generalsekretär der Akademie an die Spitze der Idee stellte, den Internationalen Kongress für Psychologie 1980 in Leipzig zu einer Demonstration der Überlegenheit marxistisch-leninistischer Wissenschaft zu nutzen und – was für die internationale Wissenschaftlergemeinschaft ganz und gar nicht hinnehmbar war – Wissenschaftlern aus politisch unerwünschten Ländern die Teilnahme am Kongress zu verwehren. Das wäre ein schwerer Eingriff in die Or-

<sup>5</sup> Strocka, C. (2001). Die Gesellschaft für Psychologie der DDR im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichem Anspruch und politisch-ideologischer Ausrichtung. Eine Analyse der Kongresse 1964–72. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie (Unveröffentlichte Diplomarbeit). S. 37.

<sup>6</sup> Bundesarchiv Berlin. DC 20/I 4, 3837, Bl. 13–16, 52–53. Präsidium des Ministerrats der DDR. Beschluß über die Vorbereitung des XXII. Internationalen Kongresses für Psychologie 1980 in der DDR vom 20.7.1977.

<sup>7</sup> Bundesarchiv Berlin. DR 3.2. Schicht B 684d. Schreiben des Ministeriums für das Hoch- und Fachschulwesen. – Rechtsstelle – vom 18.7.1969 an die *Gesellschaft für Psychologie der DDR*.

ganisation und in die inhaltliche Gestaltung des Kongresses gewesen, der auch für die *International Union of Psychological Science* nicht hinnehmbar gewesen wäre. Tatsächlich verliefen auch nach dieser Umlagerung der Verantwortlichkeiten ab 1978 die Vorbereitungen für den Kongress nun reibungsloser und erfolgreicher.

An der Spitze des Staatsapparats, in dessen Verantwortlichkeiten die operative Lenkung fielen, stand ein Ministerrat. Darunter wiederum waren Fachministerien tätig.<sup>8</sup> Eines dieser Ministerien war das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen. Ihm fiel die staatliche Zuständigkeit und operative Lenkung für die Universitäten zu, insbesondere für die akademische Lehre und Ausbildung.

### 3. Der Weg in die Internationalisierung

#### 3.1 Die Bewerbung der Gesellschaft für Psychologie in der DDR um die Mitgliedschaft in der International Union of Psychological Science

Nach der erfolgreichen Gründung der *Gesellschaft für Psychologie in der DDR* im Jahr 1962 wurde das schon in der Satzung formulierte Ziel verfolgt, Mitglied in der *International Union of Scientific Psychology*<sup>9</sup> zu werden. Diese internationale Union ist eine bis heute weltweit operierende internationale Dachgesellschaft, in der sich mehr als 70 nationale wissenschaftliche Gesellschaften für Psychologie vereinen. Die Union richtet alle vier Jahre einen internationalen Kongress in einem ihrer Mitgliedsländer aus.

Ihren Aufnahmeantrag legte die DDR-Gesellschaft der internationalen Union im Frühjahr 1963 vor. Eine Entscheidung über die Aufnahme wurde jedoch vertagt. Grund hierfür waren die ideologisch gefärbten Passagen in der Satzung der Gesellschaft für Psychologie.

Die Rückmeldung von der erfolglos gebliebenen Bewerbung um Mitgliedschaft in der *International Union of Scientific Psychology* erreichte auch die Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der SED, das die inkriminierten Sätze in den Entwurf der Statuten hineingeschrieben hatte. Da es offizielle DDR-Politik in den 1960-Jahren war, auf allen nur denkbaren Wegen eine internationale Anerkennung ihres Staates zu erreichen, wurde von politischer Seite schon die Zurückweisung der Aufnahme der DDR-Gesellschaft für Psychologie in die internationale Union als schwerer Rückschlag empfunden. Und es waren ausgerechnet jene Vorstandsmitglieder in

<sup>8</sup> Neugebauer, G. (1978). Partei und Staatsapparat in der DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag.

<sup>9</sup> Name später geändert in *International Union of Psychological Science*.

der internationalen Union gewesen, die aus den sozialistischen Bruderstaaten Sowjetunion und Polen kamen, die Einspruch gegen die ideologischen Formulierungen in der DDR-Satzung erhoben und damit die Aufnahme der DDR-Gesellschaft verhindert hatten. Aus Aktennotizen des zuständigen Parteisekretärs in der Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED geht hervor, wie enttäuscht und ratlos man nach dieser Entscheidung war. Wohl oder übel musste die Politik nun der Bereinigung der Satzung von ideologischen Inhalten zustimmen.

Die nicht vollzogene Aufnahme in die *International Union of Scientific Psychology* war auch für den Vorstand der Gesellschaft für Psychologie kompliziert. Einerseits konnte die von dem sowjetischen Kollegen empfohlene Streichung der kritisierten Teile des § 2 des Statuts zu Konflikten mit der Partei der SED führen. Zum anderen drohte der DDR-Psychologie eine Isolation bei Nichtaufnahme in die internationale Union. Der Vorstand der Gesellschaft verstand es jedoch, sich aus diesem Dilemma trickreich herauszuwinden. Für eine neue Mitgliederversammlung wurde eine Änderung der Statuten vorbereitet und zur Abstimmung vorgelegt. Die Gründe für die Korrektur der Satzung wurden nicht mitgeteilt. Erwähnt wurde lediglich, dass einige in der Satzung genannte Aufgaben nun als bereits erfüllt angesehen werden könnten und daher nicht mehr aufgeführt werden müssten. Dabei ist zu bedenken, dass seit Gründung der *Gesellschaft für Psychologie in der DDR* gerade erst zwei Jahre vergangen waren.

Die *Gesellschaft für Psychologie in der DDR* wurde nach erfolgter Satzungsrevision durch Beschluss der Generalversammlung der *International Union of Psychological Science* im August 1966 in Moskau als neues Mitglied aufgenommen.

### 3.2 Bewerbung um einen Internationalen Kongress für Psychologie in Leipzig für das Jahr 1980

Die nächsten zu erreichenden Ziele, die die Gesellschaft für Psychologie sich vornahm, waren anspruchsvoller. Sie bestanden aus zwei definierten Vornahmen. Einmal sollte aus Anlass der von Wilhelm Wundt initiierten Gründung des ersten Psychologischen Instituts der Welt an der Universität Leipzig vor 100 Jahren ein internationaler Kongress der *International Union of Psychological Science* in die DDR geholt werden. Zum anderen ging es um den Einzug eines DDR-Wissenschaftlers in das Führungsgremium der internationalen Union, was in diesem Staate als ein bedeutender Schritt der internationalen Anerkennung ihrer Wissenschaft gewertet wurde.

Die Absicht, einen Weltkongress in die DDR zu holen, konnte ohne vorherige Absprachen mit den politischen und den staatlichen Stellen der DDR nicht in Angriff genommen werden. Einzubeziehen in einen solchen Genehmigungsprozess waren nicht nur die zuständigen Ministerien, sondern als höchste Instanz das Zentralkomitee der SED und die damals der DDR-Gesellschaft noch direkt vorgesetzte Stelle Deutsche Akademie der Wissenschaften. Die endgültige Genehmigung zur Einladung zum Internationalen Kongress für Psychologie 1980 nach Leipzig wurde durch Beschluß des höchsten politischen Gremiums der DDR, des Zentralkomitees der SED, am 2. August 1972 herbeigeführt. In diesem Beschluss heißt es wörtlich:<sup>10</sup>

1. Das Sekretariat des ZK der SED stimmt der Einladung der internationalen Union der Psychologischen Wissenschaft (IUPS) zur Durchführung ihres 22. Internationalen Kongresses für Psychologie im August 1980 in Leipzig zu. Die Einladung wird im Namen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Gesellschaft für Psychologie der DDR als nationales Mitglied der IUPS von ihrem Vorsitzenden, Genossen Prof. Dr. Friedhart Klix, anlässlich des 20. Internationalen Kongresses für Psychologie im August 1972 in Tokio ausgesprochen.

2.2. Für die Anleitung und Kontrolle der Vorbereitungen und der Durchführung ist der Generalsekretär der DAW [Anmerkung: Deutsche Akademie der Wissenschaften] verantwortlich.“

In zeitlich vorangehenden Schriftstücken an die Union ist eine solche doppelte Einladung von den zwei Institutionen Deutsche Akademie der Wissenschaften und *Gesellschaft für Psychologie der DDR* nicht aufgetaucht. Nun ist mit den Akademien der Wissenschaften im Verständnis der westlichen Welt immer ein hohes Ansehen verbunden gewesen. Möglicherweise ist aus diesem Grunde die Tatsache einer Doppeleinladung bei der Präsentation in der Generalversammlung der Union nicht aufgefallen und auch nicht problematisiert worden, weil laut Sitzungsprotokoll auch erst ganz kurz vor der Abstimmung von einer „Unterstützung“ durch die Akademie die Rede gewesen ist. Wäre der Union und ihrer Generalversammlung schon damals bekannt gewesen, dass die Deutsche Akademie der Wissenschaften Aufsichtsbehörde für die *Gesellschaft für Psychologie der DDR* war, und wäre weiterhin bei der Union bekannt gewesen, dass die Akademie auch als politisch-ideologische Aufsichtsbehörde für die Wissenschaftlichen Gesellschaften fungierte, hätte diese Tatsache in der Generalversammlung sicherlich Bedenken ausgelöst. Denn der zitierte Beschluss des Zentralkomitees

---

<sup>10</sup> Bundesarchiv Berlin. DY 30 2208 Bl. 1–10. Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED vom 2. August 1972.



der SED machte eindeutig klar, dass die Akademie als Kontrollorgan für die Vorbereitungen und die Durchführung des Kongresses verantwortlich eingesetzt worden war. Darüber hinaus war der Abteilung Wissenschaften des ZK die „politische und wissenschaftliche Konzeption vorzulegen.“ Damit reiste die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik mit klaren Anweisungen und im Auftrage des Staates nach Tokio, um eine Einladung zum Internationalen Kongress „von Staats wegen“ zu überbringen. Von all diesen Details war der Generalversammlung der Union allerdings wohl nichts bekannt. Tatsächlich erhielt die einladende DDR auch mit einer großen Stimmenmehrheit den Zuschlag für die Durchführung des Weltkongresses in Leipzig 1980.

### 3.3 Wachsender Einfluss der DDR-Psychologie im Führungsgremium der International Union of Psychological Science

Parallel zur gewonnenen Abstimmung in der Generalversammlung der Union 1972 in Tokio gelang es der DDR-Psychologie auch, den Vorsitzenden ihrer wissenschaftlichen Gesellschaft als eines von zehn Mitgliedern in das Exekutivkomitee der internationalen Union wählen zu lassen. Mit der Wahl in dieses Vorstandsamt endete der gewonnene Einfluss der DDR auf der internationalen Bühne der Wissenschaft jedoch noch nicht. Vier Jahre später wurde das Vorstandsmitglied Friedhart Klix nicht nur erneut in das Exekutivkomitee gewählt, er wurde nun auch als aussichtsreichster Kandidat für die anstehende Präsidentenwahl der Union gehandelt. Hinzu kam kurz vor der entscheidenden Sitzung der Generalversammlung, für die die Wahl anberaumt war, ein zustimmendes Telegramm vom Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Berlin mit der Empfehlung, sich zur Wahl zu stellen. Trotz großer Chancen, gewählt zu werden, stellte sich der Kandidat nicht zur Verfügung. Hätte sich Klix zur Kandidatur bereit gefunden und wäre er gewählt worden, hätte die ideologisch besonders stark ausgerichtete und damals noch vorgesetzte Stelle, die Akademie der Wissenschaften, durch die ihr zustehende Weisungsbefugnis einen sehr grossen Einfluss auf die Inhalte des Kongress nehmen können, was Klix unbedingt vermeiden wollte. Erst weitere vier Jahre später, als der Leipziger Kongress sehr erfolgreich verlaufen war, ließ Klix sich zum Präsidenten der *International Union of Psychological Science* wählen.

#### 4. Reisebeschränkungen zu im Ausland stattfindenden Kongressen

Für DDR-Wissenschaftler war es nicht möglich, als Einzelperson zu einem Kongress ins nichtsozialistische Ausland zu fahren. Als Prinzip galt vielmehr, dass vom Staat Delegationen entsandt wurden. Für die DDR-Psychologen hatte die *Gesellschaft für Psychologie der DDR* das Vorschlagsrecht für die Aufnahme in eine derartige Delegation. Dazu musste eine Antragstellung auf einen langen Weg gebracht werden, die erst im Zentralkomitee der SED endgültig entschieden wurde. Die Komplexität einer solchen Antragstellung lässt sich schon der Formulierung entnehmen, die einem solchen Schreiben als Betreff vorangestellt war.

Empfehlung der vom Vorstand beauftragten Kaderkommission an die Leiter der delegierenden zentralen staatlichen Organe und das zentrale delegationsbildende Organ zur Zusammensetzung der Delegation der DDR für die Teilnahme am 21. Internationalen Kongress für Psychologie in Paris vom 18. bis 25. Juli 1976.<sup>11</sup>

Relativ großzügig, was die Personenzahl angeht, wurden die Reisekader in sozialistische Bruderstaaten zugeschnitten. So umfasste die DDR-Delegation für den in Moskau im Jahre 1966 stattfindenden Internationalen Kongress für Psychologie insgesamt 80 Wissenschaftler. Zum nächsten internationalen Kongress in London 1969 durften noch 10 Wissenschaftler reisen. Zum darauffolgenden Kongress 1972 in Tokio, wo die DDR ihre Einladung nach Leipzig präsentierte und wo in der Generalversammlung der Union die DDR den Zuschlag für die Einladung nach Leipzig erhielt, wurde eine Liste von 20 bis 25 Delegationsmitgliedern auf den Weg gebracht. Davon erhielten lediglich drei Personen die Erlaubnis zur Reise nach Japan. Und als danach 1976 die Beantragung einer Reise zum internationalen Kongress in Paris aktuell wurde, schlug die DDR-Gesellschaft eine Liste mit 23 Personen für die Delegation vor. Begründet wurde diese große Zahl damit, dass schon der nächstfolgende internationale Kongress in Leipzig 1980 anstand und man dafür Erfahrungen vom Vorgängerkongress mit in die DDR bringen wollte. Eine Gruppe von 11 Personen wurde schließlich als Reisekader genehmigt. Ohne Zweifel war Paris ein besonders attraktives Reiseziel für DDR-Bürger, die seit 15 Jahren nach dem Mauerbau drastischen Reisebeschränkungen unterlagen. Interessant ist deshalb auch

<sup>11</sup> Humboldt-Universität zu Berlin – Universitätsarchiv, darin Bestand *Gesellschaft für Psychologie der DDR (GPs-DDR)*. 786a/191.1. Gesellschaft für Psychologie der DDR. Empfehlungen der vom Vorstand beauftragten Kaderkommission an die Leiter der delegierenden zentralen staatlichen Organe und das zentrale delegationsbildende Organ zur Zusammensetzung der Delegation der DDR für die Teilnahme am 21. Internationalen Kongress für Psychologie in Paris vom 18. Bis 25. Juli 1976.

die Zusammensetzung dieser Reisegruppe nach Paris: Neben acht Wissenschaftlern aus der Psychologie waren auch zwei ranghohe Politiker aus der Abteilung Wissenschaften im Zentralkomitee der SED und ein Pädagoge Mitglieder der Delegation. Ebenso spielte auch die permanente Knappheit an Devisen, die für Auslandsreisen benötigt wurden, eine wesentliche Rolle. Auch sie hat zur Begrenzung der genehmigten Personenzahl beigetragen.

Den zum Reisekader gehörenden Personen wurde eine „Direktive“ ausgehändigt, in der Aufträge formuliert waren und die auch Verhaltensregeln für den Aufenthalt im Ausland umfassten. Als Beispiel sei die für den internationalen Kongress in Paris 1976 ausgegebene Direktive angeführt.<sup>12</sup>

Interessant ist einmal die Reihenfolge der zu erfüllenden Aufgaben: Zuerst sollte die DDR-Politik im Ausland wirksam vertreten werden. Dazu wurden drei Punkte aufgeführt. In zwei weiteren Punkten wurde das Sammeln von Erfahrungen für die Kongressgestaltung in Leipzig zur Aufgabe gemacht. In weiteren Abschnitten wurde dekretiert, dass keine Dienstgeheimnisse offenbart werden dürften, dass keine Diskriminierung der DDR geduldet werden dürfe und dass „in allen Materialien des Kongresses die vollständige und korrekte Bezeichnung des Herkunftsstaates“ einzuhalten sei, dass eine Abstimmung mit den sozialistischen Delegationen, insbesondere mit der Delegation der Sowjetunion, stattfinden müsse, dass die Friedenspolitik der DDR zu erläutern sei, [...] und dass ein ausführlicher Bericht über den Kongress angefertigt werden solle. Bei der Wahl des nächsten Kongressortes für das Jahr 1984 stimmt die DDR für Mexiko und gegen Israel. Sollte es zur Diskussion einer Resolution von westlicher Seite „über den sogenannten freien Verkehr der Wissenschaftler“ kommen, solle die DDR-Delegation in der Generalversammlung mit den sozialistischen Ländern zu erreichen versuchen, dass es nicht zu einer Abstimmung darüber komme. Für den Fall, dass diese Vorgabe nicht zu erreichen sein sollte, solle in die Resolution aufgenommen werden, dass die Erteilung von Visa eine innere Angelegenheit der Länder sei. Tatsächlich verabschiedet wurde eine solche Resolution dann vier Jahre später auf dem Leipziger Kongress 1980, nachdem die Problematik des freien Reiseverkehrs für die DDR bereits überstanden war.

<sup>12</sup> Humboldt-Universität zu Berlin – Universitätsarchiv, darin Bestand *Gesellschaft für Psychologie der DDR (GPs-DDR)*. Gesellschaft für Psychologie der DDR und Akademie der Wissenschaften der DDR. Direktive für die Delegation der DDR zur Teilnahme am XXI. Internationalen Kongreß für Psychologie vom 19.–25. Juli 1976 in Paris vom 18.6.1976.

### 5. *Schluss*

Die hier nur ausschnitthaft mögliche Darstellung über das Leben und die Tätigkeit einer wissenschaftlichen Gesellschaft in der DDR gibt einen Eindruck davon, welche komplizierte Geflechte von Machtverhältnissen bei der Arbeit in einer solchen Vereinigung zu berücksichtigen waren. Hinzuzudenken ist eine überaus aufgeblähte und schwerfällige Bürokratie in der DDR, in der jeweils Parteisekretäre der SED Kontrollen ausübten und missliebige Anträge und Entwicklungen beobachteten und gegebenenfalls schon frühzeitig stoppen konnten. Eine derartige Dichte von Vorschriften, Kontrollen und ideologischen Erwartungen war für im Westen lebende Wissenschaftler sowie in westlichen wissenschaftlichen Gesellschaften unvorstellbar. Deshalb erkannte die *International Union of Psychological Science* diese in der DDR herrschende Realität wohl auch nicht in ihrer vollen Tragweite. Demgegenüber taten die Vertreter der DDR-Gesellschaft alles, um diese ihnen vertrauten, aber auch als sehr hinderlich erlebten Umstände vor der internationalen Öffentlichkeit zu verschleiern. Eine solches Dilemma ließ sich von den Wissenschaftlern der DDR jedoch auch dazu nutzen, um mit Forderungen der internationalen Gemeinschaft in die DDR zurückzukehren, denen die politischen und die staatlichen Institutionen in der DDR dann nachgeben mussten, wollten sie nicht einen Boykott des Weltkongresses in der DDR riskieren. Dass eine solche Chance auch genutzt wurde, konnte an dokumentierten Beispielen nachvollzogen werden. Von einem so entstandenen Pragmatismus, der beispielsweise bis zur praktisch unkontrollierten Grenzöffnung für Kongressteilnehmer zur Einreise in die DDR nach Leipzig reichte, wird im folgenden Beitrag von Wolfgang Schönplflug berichtet.